

79434-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Landeshauptarchiv Koblenz - Neubau Magazingebäude, 2. Bauabschnitt - Generalplanerleistungen (Objektplanung Gebäude und Fachplanung Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 2-5 und 8)

OJ S 27/2024 07/02/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch die Zentrale des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung - Niederlassung Koblenz

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Landeshauptarchiv Koblenz - Neubau Magazingebäude, 2. Bauabschnitt - Generalplanerleistungen (Objektplanung Gebäude und Fachplanung Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 2-5 und 8)

Beschreibung: Landeshauptarchiv Koblenz - Neubau Magazingebäude, 2. Bauabschnitt - Generalplanerleistungen (Objektplanung Gebäude und Fachplanung Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 2-5 und 8) Auftragsgegenstand ist die räumliche Erweiterung der bestehenden Liegenschaft des Landeshauptarchives (LHA) durch den (Erweiterungs-)Neubau eines Magazingebäudes. Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen die Objektplanung Gebäude, Leistungsphasen (LPH) 2,3, 5-9 gem. § 34 HOAI und die Fachplanung Technische Ausrüstung, Anlagengruppen (AnlGr.) 3, LPH 2-9 gem. § 55 HOAI und AnlGr. 2, 4, 5 und 8, LPH 2, 3, 5-9 gem. § 55 HOAI. Teilweise fallen Grundleistungen bzw. Teilleistungen von Grundleistungen durch Eigenleistungen des AGs weg oder werden aufgrund der Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm durch entsprechende Besondere Leistungen ersetzt. | Besondere Leistungen sind u.a.: | Objektplanung Gebäude: - Erstellung einer energetischen Machbarkeitsstudie, - Übernahme, überarbeiten und erweitern der Vorplanung, - Leistungen aufgrund einer Vergabe mit Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm, - Übertragung der Planungs- und Kostendaten (PLAKODA) in die digitalen Erhebungsformulare gem. Abschnitt B 5, Ziffer 4.1 RLBau, - Prüfen und Abgleichen des Terminplans des GU, - Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfristen. | Fachplanung Technische Ausrüstung: - Erstellung einer energetischen Machbarkeitsstudie, - Übernahme, überarbeiten und erweitern der Vorplanung, - Leistungen aufgrund einer Vergabe mit Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm, - Mitarbeit bei der Anwendung der BNB-Zielvereinbarungstabelle, - Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfristen.

Kennung des Verfahrens: 0126e6e5-cd8c-44f1-8b36-90d7746e32f8

Interne Kennung: 23D0356

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71314100 Dienstleistungen im Elektrobereich, 71315000 Haustechnik, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71334000 Dienstleistungen im Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXPLYDYDJJ 1) Bewerber-/Bietergemeinschaften (BGen) BGen, die sich erst nach der Einreichung des Angebots gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen. Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB oder aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen. | 2) Eignungsleihe (§ 47 VgV) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. | 3) Unteraufträge (§ 36 VgV) Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Liegt bei dem Unterauftragnehmer ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB, § 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen

Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen. | 4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden und vollständig ausgefüllt, in deutscher Sprache und in Textform (§ 126b BGB) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Teilnahmeantrag sowie auf den geforderten Anlagen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an den dafür vorgesehenen Stellen der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bieter die Eigenerklärung abgibt. Der Teilnahmeantrag ist mit allen geforderten Erklärungen u. Nachweisen vollständig elektronisch über den Projektraum zum Verfahren auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Die Unterlagen sind ausschließlich im Projektraum im Bereich "Teilnahmeanträge" hochzuladen. Der Teilnahmeantrag muss alle geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/ Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Für die Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags sowie der späteren Angebote und der weiteren Erklärungen und Nachweise / Unterlagen werden keine Entschädigungen / Vergütungen gezahlt. 5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich im Projektraum zum Verfahren auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge heruntergeladen werden u. Nachrichten der Vergabestelle können dort eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP. 6) Kommunikation Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP. 7) zur elektronische Rechnungsstellung Entgegen der systemseitigen Voreintragungen bei den Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen bzw. bei den Bedingungen für die Auftragsvergabe ist eine elektronische Rechnungsstellung zulässig aber NICHT erforderlich. 8) zur Begrenzung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen ("Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb") aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Anzahl und Qualität der Referenzen des Bewerbers bzw. der Bergewerbergemeinschaft jeweils für Fachplanung Technische Ausrüstung - Versorgungstechnik und Technische Ausrüstung - Elektrotechnik. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren. | 9) Ausschreibungsbedingungen / Ausschlussgründe Es ist eine Erklärung abzugeben, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes). Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bewerber bzw. Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Bewerbungsbogen) vorzulegen. | 10) geforderte Angaben zu Maßnahmen zur Qualitätssicherung Der Bewerber hat die Maßnahmen zur

Qualitätssicherung zu beschreiben und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt. | 11) zu den Fristen - Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe Die Angabe zum Versand der Aufforderung zur Angebotsabgabe ist nur ein voraussichtlicher Termin. Der tatsächliche Aufforderungstermin kann bedingt durch den Verfahrensverlauf davon abweichen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Landeshauptarchiv Koblenz - Neubau Magazingebäude, 2. Bauabschnitt -
Generalplanerleistungen (Objektplanung Gebäude und Fachplanung Technische Ausrüstung,
Anlagengruppen 2-5 und 8)

Beschreibung: Auf der bestehenden Liegenschaft des Landeshauptarchives (LHA) soll ein
neues Magazingebäude entstehen. Die Grundstücke des LHA Koblenz liegen im nord-
östlichen Innenstadtbereich der Stadt Koblenz. Die zu bebauenden Grundstücksflächen
befinden sich im rückwärtigen Bereich des Gebäudekomplexes des LHA. Der Neubau des
Magazins 2.BA wird an die südliche Giebelseite des bestehenden Magazingebäudes 1. BA
und die östliche Seite des Altmagazins angeschlossen. | Grundlage der Planung sind das im
Jahr 2000 als 1. BA errichtete Magazingebäude mit angrenzendem Treppenhaus und das
bestehende Alt-Magazingebäude sowie die vorliegende KVM-Bau. | Der geplante Neubau wird
im Wesentlichen als geschlossener Baukörper an das vorhandene Treppenhaus an der
Südseite angebaut. Bedingt durch die Verortung inmitten der durchgängig im laufenden
Betrieb befindlichen Liegenschaft und die Nachbarbebauung ist besonders auf eine
lärminimierte Bauausführung zu achten. Außerdem müssen vorhandene Flucht- und
Rettungswege sowie eine Absicherung der Baustelleneinrichtung sichergestellt werden. Die
Grundrissform, die Bemessung des statischen Systems sowie die Außengestaltung werden
durch den Neubau 1. BA sowie durch das vorhandene Grundstück/Baufeld bestimmt. | Der
geplante Neubau 2. BA ist einfach organisiert. Auf fünf oberirdischen und einem unterirdischen
Geschoss sollen sich reine Magazinräume zur Lagerung von Aktenmaterial aus Papier in
Kartonagen befinden. Die Erschließung soll über das vorhandene Magazingebäude des 1. BA
sowie das angegliederte bestehende Treppenhaus erfolgen. | Im Zuge der Bearbeitung
müssen die Themen Nachhaltiges Bauen im Rahmen einer sinngemäßen Anwendung nach
BNB integriert werden. Um die Nachhaltigkeit beim staatl. Hochbau in Rheinland-Pfalz und die
Bestrebungen zur Errichtung klimaneutraler Gebäude vorbildlich wahrzunehmen, sind in der
Planung und Ausführung die Grundsätze des Nachhaltigen Bauens des Landes zu
berücksichtigen und umzusetzen. Entsprechend ist das Gebäude unter anderem mit einer
Photovoltaikanlage auszustatten. Eine sinngemäße Anwendung des Bewertungssystems
Nachhaltiges Bauen BNB gemäß dem Leitfaden Nachhaltiges Bauen des für
Bauangelegenheiten zuständigen Bundesministeriums ist umzusetzen. | Gebäudekennwerte:
NUF 1-6 = 1.895 m²; BGF = 2.416 m²; BRI = 8.030 m³. | Geschätzte Baukosten: Die aktuelle
Grobkostenschätzung beläuft sich auf 8.576.070 EUR brutto (Kostengruppen (KG) 200-600,
DIN 276). | Vorgesehene Termine: Ein Baubeginn ist für Oktober 2025, eine Fertigstellung für
Oktober 2027 angedacht. | Das neu zu errichtende Gebäude ist grundsätzlich als baulich,
technisch und organisatorisch eigenständiger Baukörper zu planen und errichten.

Versorgungs- und elektrotechnisch ist das neue Magazingebäude jedoch möglichst in die
Gesamtliegenschaft zu integrieren. Dazu ist vom Auftragnehmer in einem ersten Schritt eine
energetische Machbarkeitsstudie in Form einer Variantenbetrachtung im Hinblick auf die
Möglichkeiten der versorgungs- und elektrotechnischen Integration des Magazingebäudes in
die Gesamtliegenschaft zu erstellen. Die Ergebnisse sind mit Handlungsempfehlung beim
Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz (FM) vorzustellen. Auf Basis der Festlegungen des
FM erfolgt ein Abgleich bzw. eine Erweiterung der vorliegenden KVM-Bau durch den AN. | Die
Baufaufgabe soll mittels Leistungsprogramm beschrieben werden (Leistungsbeschreibung mit
Leistungsprogramm), welche durch den AN als Basis für die bauliche Ausführung durch einen

Generalunternehmer erstellt werden soll. | Hinsichtlich weiterer Informationen zum Maßnahmen- und Leistungsinhalt wird auf die Maßnahmen- und Leistungsbeschreibung, die den Vergabeunterlagen beigelegt ist, verwiesen.

Interne Kennung: 23D0356

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71314100 Dienstleistungen im Elektrobereich, 71315000 Haustechnik, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71334000 Dienstleistungen im Bereich Maschinenbau und Elektrotechnik

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Zunächst wird mit Vertragsschluss nur die Erstellung einer energetischen Machbarkeitsstudie in Form einer Variantenbetrachtung im Hinblick auf die Möglichkeiten der versorgungs- und elektrotechnischen Integration des Magazingebäudes in die Gesamtliegenschaft beauftragt. | Im Weiteren behält sich der AG eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RLBau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Teilleistungen der Grundleistungen und Besonderen Leistungen der Leistungsphasen nach §§ 34 und 55 HOAI gliedern sich wie folgt (insofern beauftragt): Leistungsstufe 1 (LPH 2, 3 und 4 (LPH 4 nur für AnlGr. 3)), Leistungsstufe 2 (LPH 5 und 6), Leistungsstufe 3 (LPH 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9). | Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht. | Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Die genannte Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Ausführungszeit für die Leistungen der LPH 9.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und Handelsregister
Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat einen aktuellen Auszug aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister einzureichen oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes vorzulegen, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Befähigung zur Berufsausübung/Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt oder Ingenieur zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden und eine Bauvorlageberechtigung nach § 64 Abs. 2 LBauO Rheinland-Pfalz besitzen. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen. | Juristische Personen oder Bewerbergemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt. | Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36 /EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55 /EU, gewährleistet ist. Sofern die Anerkennung der Berufsqualifikation nicht in der vorgenannten Richtlinie geregelt ist, muss eine Bescheinigung einer autorisierte Stelle über die Anerkennung in Deutschland vorgelegt werden. Für Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften gleichgestellten Staat niedergelassen und dort bauvorlageberechtigt sind, gilt § 64 Abs. 3 bis 5 LBauO RLP.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als Nachweis ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen: eine aktuelle schriftliche Erklärung einer Versicherung nicht älter als zwei Monate, im Auftragsfall eine Einzelobjektversicherung (objektbezogene Haftpflichtversicherung) für das beauftragte Einzelobjekt mit den geforderten Mindeststandards (s. nachfolgend angegebene, geforderte Mindeststandards) zur Verfügung zu stellen. Der Versicherungsschutz muss sich auf das konkret beauftragte Objekt beziehen und den gesamten Leistungsinhalt des Vertrages, insbesondere auf alle beauftragten Leistungsbilder erstrecken. Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen für alle Versicherungsfälle bei dem Projekt bzw. über die gesamte Laufzeit des Projektes mindestens das Dreifache der Deckungssumme beträgt. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine zusätzliche schriftliche Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den jeweils geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bei einer Bewerbergemeinschaft / ARGE

muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein und eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE bestätigen. | Als Mindeststandards werden gefordert: Objektbezogene Berufshaftpflichtversicherung des Bewerbers (des Büros) bzw. der Bewerbergemeinschaft / der ARGE für alle beauftragten Leistungen mit einer Deckungssumme von mind. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 2,0 Mio. EUR für sonstige Schäden und einer mindestens dreifachen Maximierung bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers. Bei einer Bewerbergemeinschaft bzw. ARGE muss der Versicherungsschutz eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE abdecken.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufsqualifikation der technischen Fach- und Führungskräfte

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte* sind gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VgV namentlich und mit beruflicher Qualifikation anzugeben: - der Gesamt-Projektleiter und - der Gesamt-Bauleiter.

Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. ----- *(Definition Führungskraft: Eine Person, die Leitungsfunktion und Führungsverantwortung hat. Hierzu zählen u.a. auch Projektleiter, Bauleiter und deren Stellvertreter.) | Als Mindeststandards werden gefordert: Der Gesamt-Projektleiter muss eine abgeschlossene ingenieurwissenschaftl. Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) und eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren nach Studienabschluss und 3 Jahren in der Projektleitung nachweisen. | Der Gesamt-Bauleiter muss eine abgeschlossene ingenieurwissenschaftl. Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) und eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren in derselben Fachrichtung, davon mind. 3 Jahre Berufserfahrung in der Baustellenpraxis nach Studienabschluss nachweisen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für den Bewerber bzw. Bieter (Unternehmen/Büro) / die Bewerber- bzw. die Bietergemeinschaft, sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen.

Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und die geforderten Mindeststandards erfüllen. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben: a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme, b) Auftraggeber mit Name und Anschrift, c) Brutto-Grundfläche der Maßnahme (BGF nach DIN 277), d) erbrachte Leistungsphasen, e) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis), Abschluss der LPH 8 und der Bauausführung, f) Rechnungswert (Honorar, netto) g) Art der Baumaßnahme, h) Bearbeitete Anlagengruppen der Technischen Ausrüstung. Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen: Leistungsbild (LB) Objektplanung Gebäude: -Mind. 1 Referenz - Bearbeitung mind. der LPH 3, 5-8 gem. §34 HOAI unter Einbeziehung eines Generalunternehmers auf Basis einer Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm - Neubau od. Erweiterungsbau eines Gebäudes mit einer BGF von mind.

500 m² | LB TA - Versorgungstechnik: -Mind. 1 Referenz - Bearbeitung mind. der LPH 3 und 5-8 gem. §55 HOAI für AnlGr. 2, 3 u. 8 - Neubau od. Erweiterungsbau eines Gebäudes, der in techn. Hinsicht in den Bestand integriert wurde, mit einer BGF von mind. 500 m² | LB TA - Elektrotechnik: -Mind. 1 Referenz - Bearbeitung mind. der LPH 3 u. 5-8 gem. §55 HOAI für AnlGr. 4 u. 5 - Neubau od. Erweiterungsbau eines Gebäudes, der in techn. Hinsicht in den Bestand integriert wurde, mit einer BGF von mind. 500 m² | Zugelassener Referenzzeitraum für die Unternehmensreferenzen, jeweils für Objektplanung Gebäude, Fachplanung Versorgungstechnik und Fachplanung Elektrotechnik: Abschluss der LPH 8 gem. § 34 bzw. § 55 HOAI nach dem 01.01.2019 und Leistungsstand zum Ablauf der Teilnahmefrist mind. LPH 8 gem. § 34 bzw. § 55 HOAI oder Bauausführung abgeschlossen. | Sofern eine Referenz die Mindestkriterien der Objektplanung Gebäude, der Versorgungstechnik sowie der Elektrotechnik erfüllt, darf diese bei allen Leistungsbildern eingereicht werden. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100,00

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Beschäftigtenzahl der jeweiligen Fachrichtung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten drei Jahren jeweils für die Fachrichtung Objektplanung Gebäude, die Fachrichtung Fachplanung Technische Ausrüstung, Anl.Gr. 2, 3 und 8 (VT) sowie Fachplanung Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 4 und 5 (ELT) ersichtlich ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Die durchschnittliche jährliche Zahl der Beschäftigten der Fachrichtung Objektplanung Gebäude in den letzten drei Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen. Die durchschnittliche jährliche Zahl der Beschäftigten der Fachrichtung Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 2,3 und 8 in den letzten drei Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen. Die durchschnittliche jährliche Zahl der Beschäftigten der Fachrichtung Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 4 und 5 in den letzten drei Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Vorstellung des Büros und des Projektteams in Bezug auf die konkrete Auftragsabwicklung

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Angabe zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und zur konzeptionellen Vorgehensweise, vertiefende Angaben des Bewerbers zu technischen Belangen bei der Umsetzung der geplanten Maßnahme

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 55

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Gem. Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien, welche Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYDLJJ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYDLJJ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYDLJJ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/03/2024 23:59:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen (Erklärungen und Nachweise) nach Maßgabe des § 56 VgV nachzufordern. Bewerberunterlagen, die vom Auftraggeber nach dem Einreichungstermin / Ablauf der Teilnahmefrist verlangt werden, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt im Projektraum auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz einzureichen. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht fristgerecht über den Projektraum nachgereicht, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Teilnahme von Bewerber- bzw.

Bietergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten. Eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bewerber bzw. Bieter möglich, bei denen kein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Bewerbungsbogen inkl. Anlagen) vorzulegen. Für die Ausführung des

Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft hat im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung anzunehmen. Es ist ein bevollmächtigter Vertreter anzugeben (siehe Bewerbungsbogen inkl. Anlagen).

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz
TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch die Zentrale des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung - Niederlassung Koblenz

Registrierungsnummer: DE194427360

Postanschrift: Hofstraße 257a

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56077

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

Kontaktperson: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

Registrierungsnummer: DE194427360

Postanschrift: Hofstraße 257a

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56077

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Registrierungsnummer: t:06131162234

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131-162234

Fax: +49 6131-162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 443465f1-dff6-4313-972d-6e036bcc850 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/02/2024 12:03:30 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 79434-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 27/2024

Datum der Veröffentlichung: 07/02/2024